**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 83 (1989)
**Heft:** 7-8

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : in Sorge um den real existierenden Sozialismus

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Willy Spieler*

# Zeichen der Zeit

## In Sorge um den real existierenden Sozialismus

Das Grundproblem des Sozialismus, der sich reale Existenz zuschreibt und sich in solcher Zuschreibung auch wieder relativiert, ist seine Demokratisierung. Das Problem ist umso drängender, als Sozialismus und Demokratie voneinander nicht zu trennen sind. Das Ziel jedes Sozialismus, also auch des real existierenden, kann nur die sozialistische Demokratie sein. Sozialismus, der ohne Not in autoritären Strukturen verharren würde, übte Verrat an sich selbst.

Das Grundproblem wird heute überlagert durch die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in den sozialistischen Staaten. Auf der einen Seite gehen Ungarn und Polen einen Weg, der zwar Demokratie zum Ziel hat, den Sozialismus aber nicht mit derselben Zielstrebigkeit verfolgt, ja selbst das sozialistisch Erreichte wieder gefährden könnte. Wie auf der andern Seite die KP Chinas sich vor der Demokratie zu «retten» versucht, wirft den Sozialismus in diesem Land um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurück. Um so wichtiger ist die Entwicklung in der Sowjetunion, der nicht nur machtpolitisch, sondern auch ideologisch eine Schlüsselrolle zufällt.

Für heute soll vor allem von *Ungarn und Polen* die Rede sein, gelten diese beiden Länder doch in unserer bürgerlichen Presse als die «Schrittmacher unter den Staaten Osteuropas» (TA, 24. Juni 1989). Solchen Etikettierungen sollten wir mit Vorsicht begegnen. Es ist nicht alles sozialistisch und demokratisch, was hier an Veränderung vor sich geht. Zwar habe ich unlängst die Auffassung vertreten, dass es in den Oststaaten «keine ernstzunehmende Bewegung für einen Systemwechsel» gebe und «das sozialistische Bewusstsein so tief in den Menschen verankert» sei, «dass sie wohl einen besseren Sozialismus, jedoch keineswegs eine Rückkehr zum Kapitalismus» wollten.[1] Aber ist diese Einschätzung noch haltbar, oder war nur der Wunsch der Vater des Gedankens? Die Wirklichkeit ist jedenfalls differenzierter.

### Die Schatten der Vergangenheit

In *Ungarn* setzt die Regierung Zeichen des Aufbruchs, die symbolträchtiger nicht sein könnten. Die Opfer der Justizmorde von 1958 werden rehabilitiert, gar mit einer öffentlichen Neubestattung geehrt. Die letzten Worte von Imre Nagy, dem Ministerpräsidenten während der Tragödie von 1956, scheinen 31 Jahre nach seiner Hinrichtung in Erfüllung zu gehen: «Die Geschichte, mein Volk und die internationale Arbeiterbewegung werden das endgültige Urteil über meine Arbeit sprechen.»

Die Ehrung der *Symbolfigur von 1956* ist für die regierende KP ambivalent, in ihr darum auch umstritten. Noch ist es erst die Staatsführung und nicht die Partei selbst, die Nagy und seinen Schicksalsgenossen Gerechtigkeit widerfahren lässt. Die damalige Führung rehabilitieren heisst ja auch, die Legitimität der eigenen Führung in Frage stellen. Die Reformkommunisten gehen dieses Risiko bewusst ein, wenn sie es denn überhaupt als solches betrachten. Nagy, nicht Kadar, ist ihr Legitimitätssymbol. Was konnte ihnen Besseres widerfahren, als dass Hunderttausende an der Beisetzungsfeier vom 16. Juni 1989 teilnahmen, um die Regierung von 1956 zu ehren, die ja eine *kommunistische* Regierung war? Lässt sich aber auf die heutige KP übertragen, was bald 33 Jahre zurückliegt? Muss sie nicht auch die historische Wahrheit verantworten, die dazwischenliegt?

Wahr ist, dass die Sowjetunion 1956 intervenierte, nachdem die Regierung Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Bündnis proklamiert hatte. Wahr ist auch, dass die feindselige Haltung des Nato-Blocks der Sowjetunion nur die Wahl liess, sich zu verteidigen oder zu kapitulieren. Diese Wahrheit wurzelt in der Logik jedes Machtsystems (die gewiss nicht unsere religiös-soziale Logik ist). Selbst der «freie Westen» hätte einen analogen Einbruch in

seinem Herrschaftsbereich, zum Beispiel eine kommunistische Regierung in Italien, genausowenig hingenommen. In Schuld verstrickt sind daher alle Seiten, nicht allein die damalige Sowjetunion und die von ihr eingesetzte ungarische Führung. Zur historischen Wahrheit gehört schliesslich auch, dass erst die sowjetische «Perestroika» die ungarische Demokratisierung möglich macht, was wiederum heisst, dass vor der «Perestroika» eine andere Entwicklung nicht möglich war.

Auch für das *polnische Volk* verbindet sich die Legitimität des real existierenden Sozialismus mit der Frage nach der historischen Wahrheit. Dazu gehört aus jüngster Zeit die *Kriegsrechtspolitik* nach dem 13. Dezember 1981. Wiederum wäre es falsch, die Schuld an dieser Politik ausschliesslich der polnischen Führung zuzuschreiben. Sie stand unter dem Ultimatum der sowjetischen Führung. Diese aber reagierte aus Angst vor der Erosion ihrer Verteidigungsfront, ihres operativen und logistischen Aufmarschgebietes im Westen, ihrer wichtigsten Verbindungslinien zur DDR. Keiner hat damals die sowjetische Verstrickung in den Teufelskreis des internationalen Droh- und Abschreckungssystems besser analysiert als der Amerikaner George F. Kennan. Er meinte, die Sowjetführer seien «sich offensichtlich der Gefahr eines Zerfalls ihrer Vorherrschaft in Osteuropa und besonders in Polen sehr bewusst; und dies nicht, weil sie irgendein bewusstes Bedürfnis hätten, diese Völker zu misshandeln oder zu unterdrücken, sondern weil sie jede weitere Verschlechterung der Situation in diesem Gebiet als eine Bedrohung ihrer politischen und strategischen Interessen in Deutschland betrachten»[2]. Die Mittäter im West-Ost-Antagonismus, in seinem Drohsystem und Teufelskreis sind überall zu finden, auch und vor allem in Washington.

Wer heute in Ungarn oder in Polen «Russen raus!» ruft, hat die jüngste Vergangenheit, so schmerzlich sie für ihn sein mag, nicht genügend bedacht, sie nicht als die fast unvermeidliche Folge des Kalten Krieges – und natürlich auch des Zweiten Weltkrieges – erkannt. Solange die geostrategische Lage der beiden Länder für die Sowjetunion von vitaler Bedeutung ist, sind solche Parolen darüber hinaus ein Spiel mit dem Feuer. An der sowjetischen Lagebeurteilung kann sich solange nichts ändern, als der Nato-Block nicht abrüstet, sondern «modernisiert».

## Rettung durch die Marktwirtschaft?

In *Ungarn* schlägt das politische Pendel weit aus. Das zeigt auch die unkritische Art und Weise, wie die Magyaren fast aller politischen Schattierungen heute ihr Heil von der Marktwirtschaft erwarten. Nun wäre eine *sozialistische Marktwirtschaft* zwar denkbar, in der die Betriebe und Unternehmungen sozialisiert blieben. Mit demokratischer Selbstverwaltung als Legitimationsbasis könnten sie am Markt teilnehmen und miteinander in Konkurrenz treten. Eine demokratisch abgestützte Rahmenplanung des Staates würde sozialpolitische und ökologische Leitplanken setzen, wo der Markt nicht im Sinne des Gemeinwohls funktionierte. In diese Richtung weisen führende ungarische Ökonomen wie Béla Csikós-Nagy.[3] Doch Ungarns Politiker gehen teilweise schon in eine Richtung, die an den sozialistischen Eigentumsstrukturen rüttelt und einer Enteignung des Volkes beziehungsweise der arbeitenden Menschen nahekäme.

Bereits werden Privatfirmen mit 500 Angestellten zugelassen, ohne echte Mitbestimmung. Am 1. Januar dieses Jahres ist ein neues Gesellschaftsrecht in Kraft getreten, das die Umwandlung staatlicher Unternehmungen in profitorientierte Aktiengesellschaften ermöglichen soll. Laut «Weltwoche» (18. Mai 1989) hat Handelsminister Tamás Beck angekündigt, er wolle auch grosse Staatsunternehmungen an die meistbietenden Ausländer veräussern. Und schon übernimmt ein australischer Financier ungarischer Abstammung den Fernmeldesektor der Post für 800 Millionen Dollar. Was da an privater Macht, an neuer Entfremdung und an demokratiefeindlichem Potential droht, scheint Ungarns KP zu entgehen, gerade weil sie keine eigene Erfahrung mit Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie in deren realer Existenzform hat. Jene Ungarn, die eben erfolgreich gegen das unsinnige Donaukraftwerk Nagymaros demonstrierten, würden sich noch wundern, wenn sie einmal ihren Widerstand gegen privat-

kapitalistische Grosstechnologie mobilisieren müssten.

Auch in *Polen ist Privatisierung* nach kapitalistischem Muster Trumpf. Das vom Dollarmillionär Miecyslaw Wilczek geleitete Industrieministerium will 150 unrentable Staatsbetriebe schliessen. An ihrer Stelle sollen 1000 private Klein- und Mittelbetriebe aufgebaut werden, und zwar mit ausländischem Kapital, das nahezu ungehindert in Polen investieren und sich dabei über sozialistische Arbeiterrechte hinwegsetzen kann? Ein neues Joint-Venture-Gesetz erlaubt den ausländischen Investoren, ihre Profite unbeschränkt heimzuführen. Bezahlt werden müssen nur die Steuern, die in Polen niedriger sind als zum Beispiel in der BRD. Unter «sozialistischer Marktwirtschaft» könne er sich nichts vorstellen, sagt der Industrieminister in einem «Spiegel»-Gespräch (16. Januar 1989). Und der «Spiegel»-Journalist macht unwidersprochen in Zukunftsmusik: «Eine verblüffende Vorstellung: das sozialistische Polen als kapitalistische Goldgrube». Was es bedeutet, zur Peripherie kapitalistischer Metropolen zu verkommen, diese Warnung aus der Dritten Welt, ist für die kommunistische Regierung Polens offenbar kein Thema.

Der polnische Topmanager Jerzy Piskorz-Nalecki will zusammen mit einer englischen Firma nicht nur die Danziger Lenin-Werft pachten, sondern er knüpft seine Offerte auch noch an die frühkapitalistische Bedingung, dass kein Arbeiter einer Gewerkschaft angehören dürfe. Selbst Ministerpräsident Rakowski meint in einem weiteren «Spiegel»-Gespräch (29. Mai 1989), seine Regierung wolle zwar «nicht zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zurückkehren», aber es sei halt auch «nicht möglich, das neue Wirtschaftsmodell durchzusetzen ohne eine ziemlich rücksichtslose Wirtschaftspolitik». Und der Industrieminister doppelt nach: «Als Massen-Arbeitgeber bin ich zwar gezwungen, die Gewerkschaften zu akzeptieren. Sie sind eine historische Notwendigkeit, und ich muss mich damit abfinden. Aber ich kann nicht sagen, dass mich die Gewerkschaften euphorisch machen, vor allem wenn ich mir ihre Forderungen ansehe.»

Besorgt äussern sich dagegen die führenden Theoretiker von Solidarnosc. Einer von ihnen, der Theologe Jozef Tischner, sieht die Gefahr, «dass die Entfesselung einer Marktwirtschaft à la Ludwig Ehrhards westdeutschem Wirtschaftswunder die ursprünglichen Zielsetzungen von Solidarnosc zunichte macht» (Publik-Forum, 2. Juni 1989). Zu diesen ursprünglichen Zielsetzungen von Solidarnosc gehört die Arbeiterselbstverwaltung. «Wir Arbeiter müssen uns als Hausherren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen», hatte Lech Walesa am 31. August 1980 im Gespräch mit der polnischen Regierung erklärt. Das wäre der Sache nach bester Sozialismus gewesen. Von ihm ist Polens Regierung heute weiter entfernt als noch vor neun Jahren.

Verkehren sich die Fronten? Tönt die herrschende KP nicht nach kapitalistischem Arbeitgeberstandpunkt, während Solidarnosc die authentischen Forderungen der arbeitenden Menschen vertritt? Symbol des Arbeitskampfes mit verkehrten Fronten ist der Beschluss der Regierung, die Danziger Lenin-Werft zu schliessen. Die betroffenen Arbeiter halten sich jedenfalls für stark genug, diesen Betrieb in eigener Regie weiterzuführen. Ihre Parole lautet: «Die Werft für uns, Lenin für euch.» Der einzige, dem hier Unrecht geschieht, ist Lenin...

## Bürgerliche oder sozialistische Demokratie?

In *Polen* haben auch schon die ersten freien Wahlen stattgefunden. Sie endeten für die Regierungskoalition mit einer Niederlage, die blamabler nicht sein könnte. Im ersten Wahlgang fielen sämtliche Reformkommunisten durch. Die Gewerkschaft Solidarnosc eroberte im Oberhaus 99 von 100 Sitzen, im Sejm alle 161 Sitze, die sie für sich gewinnen konnte. Die Regierungskoalition bleibt nur deshalb an der Macht, weil sie mit dem «gesellschaftlichen Kompromiss» vom 6. April 1989 sich 65 Prozent der Sitze reservieren liess.

Was bedeutet dieser überwältigende Vertrauensbeweis für eine oppositionelle Gewerkschaft? Ist das nicht auch «Sozialismus», bestätigter Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, beste Voraussetzung für eine echte Wirtschaftsdemokratie? Was vor allem zuversichtlich stimmt: Verloren hat nicht nur die Polnische Vereinigte Arbeiter-

partei, sondern auch die Christlichdemokratische Partei, die von der katholischen Kirche unterstützt wurde. In Warschau zum Beispiel siegte der prominente Solidarnosc-Berater und Atheist Jacek Kuron mit grossem Abstand über seinen kirchlich empfohlenen Gegenkandidaten. Damit ist fürs erste die Gefahr gebannt, dass die Demokratisierung Polens nur mit einer Klerikalisierung seiner Politik erkauft werden könnte.

*Ungarns* Kommunisten sind sogar bereit, «die Machtausübung mit Hilfe eines Mehrparteiensystems durch die Gesellschaft kontrollieren zu lassen», wie es in einem ZK-Dokument heisst (Weltwolche, 18. Mai 1989). Auf der andern Seite soll eine neue Verfassung den ungarischen Staat «als frei, demokratisch und sozialistisch» definieren, wie Botschafter Janós Haidú in einem Interview mit dem «Volksrecht» (21./22. April 1989) sagt. Wie diese «sozialistische Verfassung» aussehen wird, bleibt abzuwarten. Wer aber garantiert, dass sie dann auch respektiert, der Sozialismus nicht nach portugiesischem Beispiel aus ihr gestrichen wird? Vielleicht könnte der «historische Kompromiss», den Ungarns Kommunisten mit andern Parteien eingehen möchten, einen Minimumstandard an sozialistischen Grundwerten enthalten, die auch demokratisch nicht missachtet werden dürften, die vielmehr als Voraussetzung einer funktionierenden sozialistischen Demokratie zu betrachten wären. Solange freilich nicht die Menschen selbst vom ethischen Wert und der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit des Sozialismus überzeugt werden können, nützen institutionelle Schutzmechanismen wenig.

Die grosse Gefahr für die Reformkommunisten besteht wohl darin, dass die gegenwärtige Demokratisierung nicht als Verwirklichung des Sozialismus verstanden wird, sondern als Folge seiner *Krise,* als eine Art «Notgeburt». Es entsteht der Anschein, als sei die Demokratie dem real existierenden Sozialismus abgerungen worden, als sei sie die Konzession, die kommunistische Parteien machen müssten, um ihre Länder aus der Unregierbarkeit herauszuführen. Damit aber würde sich die Demokratie gegen den Sozialismus kehren. Sollte das ein Grund sein, die Demokratisierung rückgängig zu machen? Im Gegenteil: Anders als über die demokratische Auseinandersetzung ist das Vertrauen nicht zu schaffen, das für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unerlässlich sein wird. Sollten die Völker Osteuropas sich auf demokratischem Weg aber zu einem Versuch mit Kapitalismus entscheiden, so würden sie schon sehr bald entdecken, welche Werte sie dadurch preisgeben müssten. Die Geschichte verläuft nach der Methode von «trial and error» (Versuch und Irrtum). Nur die Demokratie als Staatsform ist dieser Methode adäquat, sie verewigt den Irrtum nicht, sondern macht ihn korrigierbar.

## Kairos und Ungleichzeitigkeit

Das Problem der Ungleichzeitigkeit betrifft einerseits den Durchbruch zum *demokratischen* und andererseits die Regression in den *autoritären Sozialismus.* Es gab den Kairos für den demokratischen Sozialismus 1968 in der *Tschechoslowakei*, als das ganze Volk seiner KP-Führung zujubelte, diese auch in freien Wahlen mit überwältigender Mehrheit bestätigt hätte. «Noch nie hatten die tschechoslowakischen Kommunisten eine solch breite und begeisterte Unterstützung des Volkes wie diesmal», sagt rückblickend Ota Sik.[4] Selbst der Aufbruch von Solidarnosc 1980 in *Polen* war der Sache nach Sozialismus, auch wenn sich die Gewerkschaftsbewegung scheute, das für sie diskreditierte Wort noch zu verwenden. «Die Ereignisse in Polen zeigen, dass die Arbeiterklasse sich als Souverän fühlt, und das ist gut für den Sozialismus», sagte damals der heutige Ministerpräsident Rakowsky.[5] Beide Male bedeutete die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in der Sowjetunion, bedingt durch die internationale Lage, das Ende vom Anfang einer sozialistischen Demokratie.

Soeben hat auch die *chinesische Führung* ihre historische Chance vertan, die demokratische Bewegung, die von den friedlich demonstrierenden Studentinnen und Studenten auf Pekings Tienanmen-Platz ausgegangen war, als Verwirklichung des Sozialismus statt als dessen Feindin zu verstehen. Und dies, obschon die Bewegung «für den Kommunismus» kämpfen wollte und nicht gegen ihn.[6] Es ging dieser gewiss noch sehr diffusen Bewegung um Demo-

kratisierung, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit und um eine geläuterte, von Korruption befreite KP. Der verheissungsvolle Aufbruch *innerhalb* des Sozialismus wurde jedoch einmal mehr als «Konterrevolution» denunziert und mit der Armee niedergewalzt. Dem Massaker vom 3./4. Juni auf dem Tienanmen-Platz folgt nun ein Staatsterror, dem man im besten Fall nachsagen kann, er sei vorkommunistisch, Ergebnis einer Geschichte, der demokratische und rechtsstaatliche Institutionen fremd sind. Nicht fremd ist dieser Geschichte die konfuzianische Ethik der Selbstlosigkeit, von der sich zuviele KP-Funktionäre zu weit entfernt haben.

Die Ungleichzeitigkeit zwischen Dynamik und Stagnation ist im real existierenden Sozialismus noch lange nicht überwunden. Ja, die Ungleichzeitigkeit könnte grösser nicht sein: Rumänien sichert seine Grenze zu Ungarn durch einen Stacheldrahtverhau, während Ungarn seinen Stacheldraht gegenüber Österreich abreisst. Die DDR präsentiert bei ihren Kommunalwahlen ein offenbar geschöntes Ergebnis von 98,85 Prozent für die Einheitsliste der Nationalen Front, während Polens KP in freien Wahlen eine Niederlage in Kauf nimmt. Der Wahlsonntag in Polen ist gleichzeitig der Blutsonntag in China. In Polen wird das Kriegsrecht aufgehoben, in China mit aller Brutalität durchgesetzt...

Die Ungleichzeitigkeit hat ihr eigene, *negative Dialektik*: Die eine Tendenz fürchtet sich vor der andern, der demokratische Sozialismus vor dem autoritären, der autoritäre Sozialismus vor dem demokratischen, jeder vor dem Übergreifen des «Virus» der jeweils anderen Seite auf die eigene Gesellschaft. Das beschleunigt, ja überstürzt vielleicht auch den Prozess der Demokratisierung bei den einen und zementiert, ja verhärtet die autoritären Strukturen bei den andern. Gewiss gibt es gute Gründe, sich über die Verhältnisse in Ungarn und in Polen besorgt zu zeigen. Das Recht, diese Sorge zu äussern, hat aber nicht, wer gleichzeitig die blutige Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung durch den dortigen Machtapparat gutheisst. Zumal ein Menschenverächter wie Teng Hsiao-ping in allen sozialistischen Staaten seine Nachahmer finden kann.

Umso wichtiger ist, dass die mächtige *Sowjetunion* sich wenigstens heute nicht mehr ungleichzeitig zur Demokratiebewegung im Sozialismus verhält, sondern diese fördert, ihr sogar beispielhaft vorangeht. Anders als in Peking gehen in Moskau die demokratische Erneuerung und die Pluralisierung aller Lebensbereiche der Wirtschaftsreform voraus. Man kann nicht die ökonomischen Entscheidungen dezentralisieren und gleichzeitig eine politische Befehlsadministration aufrechterhalten. Zwar wird sich die Sowjetunion in absehbarer Zeit kein Mehrparteiensystem leisten. Um auf die integrierende Kraft und moralische Autorität einer erneuerten KPdSU verzichten zu können, sind die Probleme der Wirtschaft und vor allem die Nationalitätenkonflikte viel zu gross. Wichtiger für die sozialistische und demokratische Zukunft der UdSSR ist die begonnene Demokratisierung der Wirtschaft, dieses unverzichtbare Wesensmerkmal des echten Sozialismus, diese Basis auch für eine neue Qualität von politischer Demokratie. Die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen rückt in den Mittelpunkt. So verschieden die Betriebstypen von den staatlichen Unternehmungen bis zu den privaten Genossenschaften sein mögen, gemeinsam ist ihnen allen, dass die produktiv Tätigen die eigentlichen Akteure der ökonomischen Entscheidungen sind und immer mehr werden sollen.[7] Darin unterscheidet sich «Perestroika» substanziell von einem Rückfall in privatkapitalistische Verfügungsgewalt über Lohnarbeit. Darin wird sie Modell für andere Oststaaten, die zwischen kapitalistischer und sozialistischer Marktwirtschaft nicht, nicht mehr oder noch nicht unterscheiden können.

1 Zeichen der Zeit: Russlands «zweite Revolution», NW 1989, S. 32.
2 Vgl. Zeichen der Zeit: Polen im Teufelskreis, NW 1982, S. 26.
3 Vgl. Sozialistische Marktwirtschaft, Wien 1988, S. 198ff.
4 Vgl. Zeichen der Zeit: Erinnerung an den «Prager Frühling», NW 1978, S. 320.
5 Vgl. Polen im Teufelskreis, a.a.O., S. 25.
6 Vgl. das von der NZZ (1. Juli 1989) dokumentierte Gespräch von Ministerpräsident Li Peng mit den Studentenführern.
7 Vgl. Wolfgang F. Haug, Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg 1989; ferner das Interview mit diesem Autor in der WoZ vom 30. Juni 1989.